



Antrag

der Abgeordneten **Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller, Diana Stachowitz, Arif Taşdelen, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Ruth Waldmann, Markus Rinderspacher, Klaus Adelt, Inge Aures SPD**

Pandemiebedingter Defizitausgleich für Jugendwohnheime

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. zu prüfen, wie ein Defizitausgleich für die Jugendwohnheime in Bayern für die pandemiebedingten Einnahmeverluste durch Schulschließungen und weltweite Reiseeinschränkungen aussehen kann und
2. dem Landtag dafür einen Finanzierungsvorschlag vorzulegen.

Begründung:

Von den Schulschließungen als Maßnahme der Corona-Pandemie sind in Bayern auch Berufsschulen und die Träger von Blockschüler-Wohnheimen direkt betroffen. Normalerweise sind in diesen Einrichtungen in großer Zahl junge Menschen untergebracht, die während ihrer Ausbildung den Berufsschulunterricht in wochenweiser Block-Form an weiter entfernten Berufsschulen absolvieren. Da der Berufsschulunterricht ruhen musste, sind die Wohnheime nicht belegt – dies wiederum hat dazu geführt, dass in vielen Einrichtungen des Jugendwohnens auf einen Schlag ein Großteil der Einnahmen weggebrochen ist. Auch die schrittweise Wiederaufnahme des Schulbetriebs sichert den Einrichtungen bisher nicht die Belegung im gewohnten Umfang und damit die nötigen Einnahmen zur Sicherung der Existenz. Die massiven Ausfälle bedeuten derzeit für viele Einrichtungen die Gefahr der Insolvenz, da keine der Soforthilfemaßnahmen der Staatsregierung greift.

Jugendliche in der dualen Ausbildung sind eine der zentralen Gruppen unseres Bildungssystems und die Fachkräfte der Zukunft. Deshalb braucht es dringend eine Lösung für die Träger dieser Einrichtungen, insbesondere auch mit Blick auf den kommenden Ausbildungsstart im Sommer, für den das Bestehen der „Blockschülerheime“ in Bayern unabdingbar ist, da sie einer Vielzahl an jungen Menschen den Schul- und Ausbildungserfolg ermöglichen.